



DATUM: Eberswalde, 5. November 2013

## Änderungsantrag zur Vorlage BV/1040/2013 (Schulsozialarbeiter an den städtischen Grundschulen)

### **Beratungsfolge:**

- 06.11.2013** Vorberatung Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
- 07.11.2013** Vorberatung Finanzausschuss
- 14.11.2013** Vorberatung Hauptausschuss
- 21.11.2013** Entscheidung Stadtverordnetenversammlung

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung, unter Einbeziehung einer externen Expertengruppe, den Bedarf nach Schulsozialarbeitern an den städtischen Grundschulen durch eine qualifizierte Bedarfsanalyse zu ermitteln.

Im Ergebnis dieser Bedarfsanalyse wird die Stadtverwaltung beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis zum März 2014 einen Vorschlag zur Schaffung von etwaigen weiteren Schulsozialarbeiterstellen an den städtischen Grundschulen zu unterbreiten.

Die zu bildende Arbeitsgruppe besteht aus Fachkräften der örtlichen Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit, den Schulleitungen der städtischen Grundschulen, der Jugendkoordinatorin der Stadt Eberswalde sowie jeweils einem/r Vertreter/Vertreterin des Ausschusses für Bildung, Jugend, und Sport und einem/r Vertreter/Vertreterin des Finanzausschusses.

### **Sachverhaltsdarstellung:**

Die SPD-Fraktion hat sich in der laufenden Legislaturperiode mehrmals deutlich für eine Stärkung der städtischen Sozialarbeit ausgesprochen und dies auch mit eigenen Beschlussvorschlägen untermauert.

Der in der Vorlage BV/1040/2013 durch die Fraktion Die Linke/Allianz freie Wähler gemachte Vorschlag zur Etablierung von drei Schulsozialarbeitern an den städtischen Grundschulen trifft daher im Kern auch die Intention unserer Fraktion.

Wir sind jedoch der Auffassung, dass die Schaffung von drei Schulsozialarbeiterstellen ohne eine qualifizierte Bedarfsanalyse und ohne eine wirkliche Debatte mit den entsprechenden Fachleuten eher kontraproduktiv ist.

Es sind vor allem die nachfolgenden Aspekte, die aus unserer Sicht eine qualifizierte Bedarfsanalyse im Vorfeld eines Stadtverordnetenbeschlusses erforderlich machen:

1. Die Bedingungen an den drei städtischen Grundschulen sind weder vergleichbar noch lässt sich pauschal die Notwendigkeit zur Schaffung von einer Vollzeitstellen je Grundschule ableiten. So kommt selbst der Antragsteller in seiner Sachverhaltsdarstellung zu der Einschätzung: „... Seitens der Schulleitungen wird betont, dass es weniger auf die Quantität ankommt, sondern vor allem Kontinuität notwendig ist ...“.
2. In der Fachöffentlichkeit im Landkreis Barnim wurde und wird das Thema Schulsozialarbeit immer wieder kontrovers diskutiert. So werden die klassischen Schulsozialarbeiterkonzepte weder überall noch pauschal nur positiv wahrgenommen.
3. Die Schaffung von drei Vollzeitstellen wird einen erheblichen finanziellen Aufwand für die Stadt bedeuten.

Das Anliegen, unsere städtischen Grundschulen durch den Einsatz von Schulsozialarbeitern zu stärken, wollen wir unterstützen! Dabei gilt es aber auch, das richtige Maß und die richtigen Konzepte für unsere Grundschulen zu finden.

Die SPD-Fraktion ist deshalb der Meinung, dass dies nur durch eine fachliche Auseinandersetzung, unter Einbeziehung von Experten der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, der Schulleitungen, der Jugendkoordinatorin sowie Vertretern der entsprechenden Fachausschüsse, erfolgen kann.

Ein Votum dieser Expertengruppe kann dann die Grundlage für einen entsprechenden Stadtverordnetenbeschluss zur Schaffung von Schulsozialarbeiterstellen an den drei städtischen Grundschulen bieten.

gez. Hardy Lux

SPD-Fraktionsvorsitzender